



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Schleswig-Holstein.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

kommt, nur eine Spielart des Polonismus, denn man hat sich seit lange daran gewöhnt, einmal die Verhältnisse der Ostsee-Provinzen unter denselben Gesichtspunkten wie die Polens zu betrachten und zweitens die Russificirung Polens als eine slawische Pflicht anzusehen, um dieses Land vor der vorschreitenden Germanisation durch Preußen zu retten.

Occidental-aristokratische oder slawisch-demokratische Entwicklung, Verlegung des politischen Gewichts in die gebildeten oder in die erst zu bildenden Volksclassen — das sind die Gegensätze, um welche es sich nach russischer Anschauung handelt und zu deren Verschärfung das Attentat vom 6. Juni nicht wenig beitragen wird. Ein Ende dieses Kampfes läßt sich zur Zeit nicht absehen, ob man gleich meinen sollte, alle Mittel zur Ausführung desselben seien bereits ins Treffen geführt, alle Pfeile des russischen wie des polnischen Böchers verschossen. Möglich, daß die täglich näher rückende Lösung der orientalischen Frage auch nach dieser Seite hin einen Ausweg zeigt oder die Gesichtspunkte ändert — ihre friedliche Beilegung wird durch jeden Tag, um welchen sich die Besetzung des türkischen Staatskörpers verlängert, erschwert und wahrscheinlicher, als alle übrigen aus Paris colportirten Nachrichten, erscheint die Kunde, daß bezüglich der Zukunft des Orients keinerlei Verständigung zwischen den in der französischen Hauptstadt versammelten Monarchen erzielt worden sei. Vorerst dürfte diese Nichtverständigung mit der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes identisch sein und Rußland zu keiner militärischen Action Veranlassung haben.

So wird der Principienkampf im Osten seinen ununterbrochenen Fortgang nehmen und sehr bald von dem Stadium Kunde geben, in welches er zufolge des Attentats vom 6. Juni getreten ist. Einer allendlichen Lösung der polnischen Frage wird die der orientalischen aber sicher auf den Fuß folgen.

Aus Schleswig-Holstein.

Ein Jahr ist abgelaufen, seit die Elbherzogthümer durch die Verdrängung der Oestreicher in den ausschließlichen Besitz Preußens gekommen sind. Wenn Hessen, Nassauer, Hannoveraner und Sachsen noch lange nach Befegung ihrer Länder über ihr Schicksal im Ungewissen bleiben mußten, bei den Schleswig-Holsteinern war kein derartiger Zweifel möglich, zumal nach dem Tage von Königgrätz. Hier hatte ja die preussische Politik ein seit Jahren mit Beharrlichkeit erstrebtes Ziel erreicht; hier standen der vollen Durchführung der Ab-

sichten weder eigne noch fremde Rücksichten auf eine anerkannte Dynastie im Wege. Früher als die andern Neupreußen hätten sich daher die Schleswig-Holsteiner in die Lage finden können. Und ein ferner Stehender konnte vielleicht glauben, das sei wirklich geschehen. Kamem doch, abgesehen von den dänisch gesinnten Theilen im Norden, nicht einmal Demonstrationen in größerem Maßstabe vor, wie sie in Frankfurt und Hannover an der Tagesordnung waren, geschweige denn thätliche Widersetzlichkeiten, wovon etwa dieser oder jener Mann der schwäbischen „Volkspartei“ geträumt haben mochte. Aber freilich, wer auch nur eine oberflächliche Kenntniß der Verhältnisse hatte, der wußte, daß diese Ruhe durchaus nicht der Ausdruck einer preußenfreundlichen Gesinnung war. Wie starr vielmehr der Sinn der Schleswig-Holsteiner geblieben, zeigte das Ergebnis der Reichstagswahlen. Wer das Land kannte, der hatte freilich auf einen entschiedenen Sieg der Augustenburger, ja auf die Möglichkeit gerechnet, daß alle deutschen Bezirke particularistisch wählen würden: aber auf einen so allgemeinen Sieg der Gegner mit solchen Majoritäten war wohl kaum Einer aus der preußischen Partei gefaßt gewesen. Daß der nördlichste Bezirk mit großer Mehrheit dänisch wählen würde, hatte im Ernst niemand bezweifelt; aber es war niederdrückend, daß das deutsch redende Flensburg den Ausschlag für einen zweiten Dänen gab. Alle übrigen Gewählten waren particularistische Schleswig-Holsteiner und zwar bis auf die Herren Franke, Schleiden und v. Warnstedt außerhalb Schleswig-Holsteins unbekannte Leute. Einen Theil der Schuld an diesem Ergebnis trug die Aufstellung ungeeigneter Candidaten seitens der preußischen Partei (namentlich im District Schleswig-Öternsörde), sowie mancherlei Fehler und Ungeschicklichkeiten höherer und niederer Beamten: im Ganzen aber war das Wahlergebnis, das ist leider nicht zu läugnen, der Ausdruck der Gesinnung des Volks, besonders der niedern Classen, die beim allgemeinen Stimmrecht entscheiden.

Im Reichstag selbst haben sich nun freilich unsere Abgeordneten viel weniger energisch benommen, als ihre Wähler gewünscht hatten. Von geharnischten Protesten war nur bei den von Kopenhagen her inspirirten beiden Dänen die Rede, an sich höchst harmlosen Männern, die zu den in ähnlicher Stellung befindlichen Polen wenig paßten. Pastor Schraders Versuche zu reden fielen recht unglücklich aus; die andern eifrigsten Parteimänner zogen das Gold des Schweigens dem Silber der Rede vor, das schwerlich in der Versammlung für sehr wichtig gehalten wäre. Und als es zur definitiven Entscheidung kam, stimmten die drei hervorragenden Männer, die wir oben nannten, trotz ihrer Anhänglichkeit an das Haus Augustenburg für die Bundesverfassung und erklärten durch diesen Act, daß sie sich der neuen Ordnung ohne Vorbehalt anschließen. Dieser Vorgang ist charakteristisch für die Wandelung der Stimmung in den gebildeten Kreisen. Mehr und mehr erkennen diese die Nothwen-

digkeit und Heilsamkeit des Geschehenen an, welche Befinnung sie auch früher gehabt haben mögen und wie viel Particularwünsche auch noch in den Falten des Herzens verborgen sind. Manche kleine Züge bestätigen die Verbesserung in diesen Kreisen. Für die Wahl zum Abgeordnetenhause im Herbst, bei der nach dem allerdings wunderlichen Dreiclassensystem der Einfluß der Massen mehr zurücktritt, hoffen wir zwar noch kein völlig gutes, aber doch ein entschieden besseres Resultat, ja schon bei der Wahl zum nächsten Reichstag wird sich Schleswig-Holstein vermuthlich in ein etwas günstigeres Licht stellen. Aber bis auch die untern Classen die Nachwirkung der jahrelangen berechtigten und unberechtigten Agitation, die Scheu vor den unbequemen Neuerungen und die Abneigung gegen die strengen Anforderungen des Staates überwunden haben werden, dazu wills noch manches Jahr.

Jedoch weiter als zu so leichten und ungefährlichen Acten, wie die Wahl particularistischer Abgeordneter geht unsere Opposition nicht. Von staatsgefährlichen Umtrieben, wie in Hannover, keine Spur. Man darf das freilich nicht aus dem vielgerühmten „deutschen Sinn“ der Schleswig-Holsteiner herleiten, dem jede Verbindung mit dem Auslande ein Greuel sei. Das deutsche Bewußtsein ist unserm Lande, namentlich Schleswig, erst in den letzten Jahrzehnten durch die Dänen aufgezwängt, aber es ist noch durchaus nicht in Fleisch und Blut übergegangen, vielmehr oft nur eine andere Form des engherzigen Provinzialismus. Die deutschen Kämpfe gegen Frankreich haben unsere Väter nicht mitgemacht, daher kennen wir nicht die Leidenschaft des Ehrgefühls den Franzosen gegenüber, die in andern Theilen Norddeutschlands so leicht zu erregen ist. Die Aufrichtung des schleswig-holsteinischen Staates durch französische Hilfe würde einem großen Theil unseres Volkes als etwas sehr Erwünschtes und ganz Unschuldiges erscheinen.

Aber es fehlen dazu viele sonstige Bedingungen. Das Volk, von Natur überaus phlegmatisch, ist nach der Aufregung von 1863 noch immer müde und hat eine instinctmäßige Abneigung vor neuen Kämpfen, zumal es schlimme Erfahrungen über das geringe Gewicht seines Willens gemacht hat. Die Organisation der Vereine wäre zwar leicht herzustellen, aber die eigentlichen Führer sind theils übergegangen, theils eingeschüchtert, theils allerdings auch patriotisch genug, um den Bund mit dem Fremden zu verschmähen; die politisirenden Dorfschulmeister, welche im kleineren Kreise den in den Vereinen sich aussprechenden Volkswillen leiteten, sind viel zu furchtsam, um jetzt noch etwas zu wagen. Der Adel, welcher sich in Hannover zum Theil gegen Preußen compromittirt hat, war hier von Anfang an wenn nicht für Preußen, so doch gegen das Haus Augustenburg. So sehr es dem Erbprinzen in kurzer Zeit gelungen ist, allgemeine Liebe zu erwerben, so zeigt sich doch jetzt der Unterschied zwischen einer solchen flüchtigen Volksgunst und einer tief gewurzelten Anhänglichkeit an ein altes

Herrscherhaus, wie geringe Ansprüche auf Achtung und Liebe dasselbe auch im Grunde machen kann. Die Beamtenkreise, in den andern neu erworbenen Gebieten die Träger der Opposition, haben sich in den Herzogthümern leicht unterworfen, nicht grade alle freudigen Herzens — denn es graute manchem vor preußischer Arbeit, Zucht und Ordnung, vor dem Aufgeben des *otium cum dignitate* —, aber politische Skrupel haben verhältnißmäßig wenige gehabt, und im Ganzen kann sich die Regierung auf ihre Willfährigkeit verlassen. Und endlich woher sollte eine schleswig-holsteinische Legion ihre Mannschaften nehmen? Die Kämpfer der Kriege von 1848 — 50 sind längst ruhige Bürger und Familienväter; die, welche in dänischem Dienst gestanden haben, sind begreiflicherweise eist recht nicht zu schleswig-holsteinisch-französischen Freiheitshelden brauchbar. Also die Gründe sind einleuchtend, welche bei uns ähnliche Thorheiten hintangehalten haben, wie sie die Kriegsbefürchtungen dieses Frühjahrs in Hannover erzeugt, ohne daß unser Land sich dessen besonders zu rühmen hätte. Bis dasselbe lernt, sich wirklich mit Stolz preußisch zu fühlen, wird noch eine ziemliche Zeit vergehen, aber zu erleben hoffen wir doch selbst noch diese Zeit. Die allgemeine Wehrpflicht, jetzt der Schrecken aller Kreise, wird eine Reihe guter Preußen nach der andern erziehen, der Durchführung der Einrichtungen des modernen Staates, so sehr sie anfangs nach allen Seiten hin Anstoß erregen muß, wird die Versöhnung vollenden.

Bis jetzt sind wir in diesem Organisationswerke freilich noch nicht weit gediehen. Unser Oberpräsident, Baron von Scheel-Plessen, hat bis vor Kurzem so gut wie nichts gethan, um eine Verschmelzung mit Altpreußen zu bewirken. Er steht auf dem Standpunkt, möglichst viele „Eigenthümlichkeiten“ als „berechtigete“ retten zu wollen, und wenn der schlaue Politiker auch gewiß erkannt hat, daß das mittelalterliche Staatswesen nothwendig viele Aenderungen erfahren müsse, so hat er doch durchaus keine Lust dazu, die ihm persönlich sehr zusagenden Verhältnisse so gründlich umzugestalten, wie es nöthig ist. Boshafter Menschen wagen sogar die Behauptung, der Oberpräsident suche alles auf dem Fuß zu erhalten, daß auch der vollständigste Umschwung der Dinge ihn nicht um seinen Posten zu bringen brauche. Daß Herr Baron von Scheel-Plessen einer der größten dänischen Grundbesitzer und daß einer seiner Brüder dänischer Diplomat ist, mag neben der Erinnerung an seine Antecedentien zu solchen Gedanken verführen. Jedenfalls hat er nicht angefangen, mit der Umformung der Herzogthümer Ernst zu machen. Ebenso wenig Interesse haben daran natürlich die Beamten aus der dänischen Schule, mit denen er sich umgab oder die meisten sonstigen Oberbeamten, die von den Verbesserungen allerdings eine sehr viel weniger behagliche Stellung für sich zu erwarten hätten. Herr von Zedlitz in Schleswig ist nicht der Mann dazu, dem Oberpräsidenten gegenüber das wirklich Nothwendige energisch und mit Erfolg zu vertreten. Ge-

neral von Manteuffel, dessen Verdienste um Ausbreitung preußischer Gesinnung in Schleswig nicht zu verachten sind, hat das Land schon lange verlassen, es heißt er habe verlangt, entweder Plessen oder er müsse gehen und man habe sich in Berlin (leider!) für den Letzteren entschieden.

Dieser Unthätigkeit ist nun ein Ende gemacht. Während man bisher fast nur das Militär-, Post- und Telegraphenwesen durch preußische Beamte nach preußischem Muster energisch und erfolgreich organisiert hatte, sind jetzt umfassende Organisationsarbeiten im Werk. Die Einführung der preußischen Steuereinrichtungen wird rasch und eifrig betrieben. Allerdings werden bei der Eile vielleicht einige Fehler gemacht, aber ein solcher Uebergang wird viel leichter getragen, wenn er rasch geschieht, abgesehen von den höheren Rechts- und Billigkeitsrückichten, welche verlangen, daß wir auch in Bezug auf die Leistungen an den Staat am 1. October, wo wir erst eigentlich in den Verband des preußischen Staates eintreten, den übrigen Provinzen gleichgestellt sind. Mancherlei Unzufriedenheit werden diese neuen Steuereinrichtungen allerdings erregen. Die, welche mehr geben müssen, als früher, werden laut klagen, während die jetzt günstiger Gestellten sich still halten werden. Zwar sind wir noch nicht in den Zollverein aufgenommen, aber durch Einführung des Zollvereinstarifs ist ein Uebergang angebahnt, wenn auch nur zum Vortheil einiger Classen von Kaufleuten und weniger Fabrikanten und zum allgemeinen Nachtheil der Producenten, welchen die Colonialwaaren jetzt mit den hohen Vereinszöllen belastet werden, während sie die vereinsländischen Industrieproducte nach wie vor (wenn auch etwas niedriger) verzollen müssen. Doch heißt es jetzt sicher, daß wir spätestens am 1. October im Zollverein sind. Die Einführung des preußischen Geldes steht für die nächste Zeit bevor. Ebenso die neue Organisation der Gerichts- und Verwaltungsbezirke. Und so wird ein Stück unseres staatlichen Gerümpels nach dem anderen fallen und die Zeit ist nicht mehr fern, wo die Gerichtsbarkeit der Damenklöster, die Patrimonialgerichte, das besondere dithmarsische Indigenat und andere Schönheiten zur Mythe geworden sein werden.

Es versteht sich von selbst, daß zur Durchführung dieser Veränderungen eine Menge altpreußischer Beamten nöthig ist. Nach und nach erscheint denn auch ein neuer Beamter nach dem anderen, zum Entsetzen der alten, an welche nun ganz andere Anforderungen an Arbeit und Pünktlichkeit gestellt werden.

Das schöne behagliche Leben auf dem Bureau und dem Amthause ist dahin, für immer dahin, hohe Anforderungen zu stellen, aber auch zu erfüllen, ist nun einmal preußischer Stil. Solche unschuldige Versehen, wie daß bei der Vorbereitung zu den Reichstagswahlen ein ganzes Dorf schier vergessen ward — der Kladderadatsch hat den Fall unsterblich gemacht — werden jetzt kaum noch vorkommen dürfen. Man weiß, daß der Oberpräsident einen Mann aus seiner nächsten persönlichen Anhängerschaft zu der Vicepräsidentenstelle vorgeschlagen

hatte, in welche vor kurzem Elwanger berufen wurde, der ihm sehr ungelegen kam, uns aber dadurch leidbarer wird, daß seitdem ein principieller Gegensatz zwischen unsern beiden höchsten Beamten unverkennbar ist.

Nur eine Frage beunruhigt uns noch: das Schicksal Nordschleswigs. Eben jetzt verlautet wieder etwas von Verhandlung der Regierungen über diese Sache. Ließe sich ein Modus finden, nach welchem die rein dänische Bevölkerung ohne Nachtheil unserer militärischen Stellung an Dänemark zurückgegeben würde, so wäre dagegen gewiß nichts zu erinnern.

Als selbstverständlich gilt uns, daß eine Abstimmung nördlich von der Linie Flensburg-Tondern eine große Majorität für die Abtretung an Dänemark ergeben würde und daß die dänische Regierung sich nicht weigerte, den entsprechenden Antheil an den Provinzialschulden zu übernehmen. Allein ein solcher Modus ist nicht herzustellen. Der Theil Schleswigs, dessen dänische Gesinnung am schärfsten ausgeprägt ist, das Sundewitt und die Insel Alsen, sind militärisch für Preußen zu wichtig, um abgetreten werden zu können. In den beiden Städten im Norden, Apenrade und Hadersleben bilden die Deutschen zwar nicht die Majorität, aber im Ganzen die gebildeteren und besitzenden Classen; auch auf dem Lande sind grade die größeren Grundbesitzer vielfach Deutsche. Diese Deutschen kann man unmöglich dem Fanatismus der Dänen preisgeben, aber Garantien für den Schutz der Deutschen in jenen Gegenden wird und kann die dänische Regierung nicht übernehmen, da sie das in eine Vasallenstellung zu Preußen bringen würde. Ohne Schaden ließe sich allerdings das „Westeramt Hadersleben“ d. h. der Nordwesten Schleswigs abtreten, welcher fast ganz rein dänisch ist, aber freilich sonst nicht den Werth hat, daß die dänische Regierung gegen Abtretung desselben förmlich und feierlich auf alle Gelüste nach dem weit reicheren und wichtigeren Nordosten verzichten würde. Die Frage ist demnach eine sehr schwierige; aber es bleibt unter allen Umständen ein Glück, daß die schlimme Clausel, welche Frankreich in den prager Frieden gebracht hat, nur Oestreich gegenüber bindet.

Bevor aber diese Sache nicht endgiltig entschieden ist, wird nördlich von Flensburg keine Ruhe in die Gemüther einkehren. Man kann die schleswigschen Dänen beklagen, welche an der Entwicklung des deutsch-dänischen Zwistes wenig Schuld tragen und nun unter eine Herrschaft gekommen sind, für welche sie naturgemäß keine Sympathie haben können. Ob wir, wenn sie in der preussischen Monarchie verbleiben, nicht wenigstens ihre Interessen mit den unsrigen versöhnen und auf diesem Wege allmählig ihren guten Willen gewinnen können, ist eine Frage, die wir nicht verneinen dürfen. Soll es aber anders kommen, dann wünschen wir zum Nutzen aller Betheiligten wenigstens, daß dieser Grenzbezirk nicht in ähnlichem Sinne wie Luxemburg zum neutralen Punkte zwischen gegnerischen Sphären gemacht werde.

Mit **Nr. 27** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im Juni 1867.

Die Verlags-handlung.

Herausgeber: Gustav Freytag. — Verantwortlicher Redacteur: Julius Ehardt.

Verlag von F. S. Verbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.